

Auf deutsch-deutscher UN-Patrouille 1989/90 (Teil 2/4)

Am 9. November 1989 fiel in Deutschland die Berliner Mauer – und in der UNTAG-Mission der Vereinten Nationen leisteten Polizeibeobachter aus zwei deutschen Staaten in diesem deutschen Herbst zusammen ihren Dienst. Die erste und einzige Teilnahme der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) an einer Mission der Vereinten Nationen erfolgte noch 1989/90 in der UN-Friedensmission zur Unterstützung eines politischen Übergangsprozesses (UNTAG) in Namibia. Mit 30 Polizeibeobachtern beteiligte sich die DDR an der zivilen Komponente des Einsatzes, während die Bundesrepublik Deutschland (BRD) die UNTAG mit 50 Beamten des Bundesgrenzschutzes ebenfalls unterstützte. An einem Stützpunkt im Norden Namibias leisteten beide deutschen Kontingente noch vor dem Fall der Berliner Mauer in einer Einheit zusammen ihren Dienst. Der vorliegende Skript schildert Beweggründe und Ziele beider deutscher Staaten für ihren Einsatz in Namibia kurz vor der deutschen Wiedervereinigung 1989/90.

Schlagabtausch im Bundestag

In einer hochemotionalen Bundestagsdebatte kritisierten DIE GRÜNEN am 15. September 1989 die Bundesregierung scharf. Sie warfen ihr „vorsätzliche Ausschaltung des Parlamentes“ vor. Die Entsendung des BGS sei am Bundestag vorbei nur im Regierungskabinett beschlossen worden. Als der Bundestags-Innenausschuss das Thema am Tag zuvor beraten sollte, verabschiedete Wolfgang Schäuble just die BGS-Einheit nach Namibia. Der FDP-Abgeordnete Ulrich Irmer verwies darauf, dass die Entsendung des BGS „nichts, aber auch gar nichts mit der Frage zu tun hat, ob sich etwa in Zukunft Kontingente der Bundeswehr an Einsätzen der UNO-Friedentruppen beteiligen sollen“. Er bezichtigte DIE GRÜNEN der „ekelerregenden Heuchelei“ ob ihrer Kritik an der Situation in Namibia auf der einen und der gleichermaßen von ihnen angeprangerten, nun eingeleiteten Unterstützung der BRD für die UNTAG auf der anderen Seite. Der GRÜNEN-Abgeordnete Manfred Such antwortete wenig diplomatisch: „Das fällt auf Sie selbst zurück! Das ist nicht parlamentarisch! Drei Finger sind auf Sie selbst gerichtet! Schauen Sie sich Ihre drei Finger an, wohin die zeigen! ... Es ist ekelerregend, wenn Sie Ihren Finger hier ausstrecken! Das ist ekelerregend!“. Such kritisierte CDU und FDP bezüglich der von ihm befürchteten künftigen militärischen Einsätze der BRD. „Wenn Sie von Polizeistreitkräften sprechen, wird daran deutlich, wo-



Das DDR-Kontingent im Jahre 1989 in der Kaiserstraße in Windhoek. • FOTO: PRIVATARCHIV MATTHIAS GAUBE

rum es Ihnen geht: Ihr Kopf steckt schon so voll davon, dass Sie irgendwann endlich einen deutschen Beitrag zum Frieden in der Welt leisten wollen, und das wollen Sie dann mit Militär tun.“ CDU-Mitglied Johannes Gerstner rief Such daraufhin zu: „Ihr Kopf steckt voller Bazillen!“

Der fraktionslose Abgeordnete Thomas Wüppesahl kritisierte nachdrücklich die Position der Bundesregierung, dass der Namibia-Einsatz legitim ist, wenn er juristisch vertretbar sei. „Das heißt, man hat eine strittige Situation, und wenn man das irgendwie rechtlich vertreten, also entsprechend hindrehen kann, dann ziehen wir das durch. Was ist das für ein Rechts- und Verfassungsverständnis! Das ist völlig irre.“ Joachim Clemens (CDU) nahm die Aufforderung zum verbalen Schlagabtausch dankend an und rief den GRÜNEN zu: „Ich weiß sehr genau, dass Sie etwas gegen Uniformträger haben. Ich kann nur sagen, Sie wollen offensichtlich ein Chaos. Sie sind gegen law and order. Sie wollen den Nachwächterstaat ganz allgemein.“

Auch Vertreter der SPD gingen mit der Regierung von CDU und FDP hart ins Gericht. So erhob Günter Verheugen ihr gegenüber den Entwurf, die Entscheidung über den Namibia-Einsatz in „fahrlässiger und unverantwortlicher Weise“ hinausgezögert zu haben, obwohl bereits seit Anfang Juni 1989 darüber diskutiert wurde. Zum Zeitpunkt der Diskussion befand sich das BGS-Kontingent, bestehend aus 50 Mann der Grenzschutzkommandos Küste, Nord, Mitte, West und Süd, bereits im Flugzeug der Bundesluftwaffe im westafrikanischen Luftraum über Togo. Hätte der Bundestag die Reise des BGS missbilligt und dessen Rückkehr verfügt, waren die Fluggäste auf alle Eventualitäten vorbereitet. Durch den Kapitän der Maschine wurden sie aktuell über den Verlauf der Debatte unterrichtet.

Deutsche Zukunftsängste in Windhoek

Zusätzlich emotionalisiert wurde die Kontroverse durch Namibias deutsche koloniale Vergangenheit. Die namibischen Medien, besonders die deutschsprachige Wochenzeitung „Namibia Nachrichten“ und die älteste (seit 1916 existierende) Tageszeitung Namibias, die „Allgemeine Zeitung“ (AZ), beobachteten aufmerksam den westdeutschen Prozess der Entscheidungsfindung. Anspielungen auf die einst in Deutsch-Südwestafrika stationierte kaiserliche Schutztruppe blieben nicht aus. So bezeichnete die AZ den BGS als deutsche „Schutztruppe“ und bildete karikaturistisch einen auf einem Nashorn Richtung „Namibia ehem. Deutsch-Südwest Afrika“ reitenden Polizisten ab, mit dem Untertitel: „Wir sind wieder da...“. Zukunftsängste der deutschstämmigen Namibier vor dem möglichen Verlust ihrer oft im Wirtschaftssektor oder Agrarwesen begründeten Existenz unter einer zu erwartenden Regierung der SWAPO kamen so zum Ausdruck. Nicht wenige von ihnen saßen für den Fall von befürchteten Enteignungen ihrer Farmen oder Firmen zumindest gedanklich bereits auf gepackten Koffern Richtung Bundesrepublik. In Windhoek kursierten Aufkleber mit dem Slogan „Montag, Dienstag, UN-tag“.

Wie sensibel die Entsendung des BGS nach Namibia wirklich war, sollte sich schneller zeigen, als der Bundesregierung lieb sein konnte. Wolfgang Schäuble hatte den BGS-Kontingentsleiter Detlef Buwitt darum gebeten, dafür zu sorgen, dass „da unten nichts anbrennt“. Bereits die Ankunft in Windhoek hatte es für den BGS am 15. September 1989 jedoch in sich. An der Bar des Safari Court Hotels ließen es sich alkoholisierte deutschstämmige Namibier nicht nehmen, die Grenzschützer aus der Bundesrepublik mit deutschem Gruß und dem Deutschlandlied zu empfangen. Schlagartig wurde allen Beteiligten die Sensibilität ihres Einsatzes in Erinnerung gerufen. Nicht nur einmal machten sich die extremistischen Teile der deutschen Gemeinde Namibias bemerkbar. Kurz nach dem Start der UNTAG hatten Unbekannte die Hakenkreuzfahne in Swakopmund am weithin sichtbaren Woermann-Turm aufgezogen, in Karibib hissten während der Wahlen im November 1989 Deutschstämmige die Reichskriegsflagge.

Ost-Berliner Interessenlage

Total gegensätzlich gestaltete sich der Blick aus Ost-Berlin auf die UNTAG-Frage, natürlich ohne hin- und herwogende Parlamentsdebatte in der Volkskammer. Als marxistisch-leninistische Kampfpartei verstand sich die SED in ihrer Afrikapolitik als anticolonial und antirassistisch und pflegte im Rahmen ihrer antiimperialistischen Solidarität seit 1977 intensive Parteibeziehungen zur SWAPO. Derart positioniert fiel es ihr leicht, jegliche koloniale deutsche Vergangenheit in die Tradition der BRD zu stellen und historisch unbelastet als deutscher Alternativstaat in Afrika aufzutreten. Die Finanzhilfe der DDR für die SWAPO belief sich 1987 auf 8,9 Millionen Mark (Mio. M.), 1988 auf 10,4 Mio. M. und 1989 auf 16 Mio. M. Nie zuvor erhielt eine politische Bewegung in Afrika DDR-Leistungen in diesem Ausmaß. Das zeigte sich auch im Sommer 1989 parallel zur UNTAG-Mission. Die DDR finanzierte und organisierte für die SWAPO die Ausbildung von Bodyguards für ihre Führungselite, die Produktion von Wahlkampfvideos, die Rückführung namibischer Flüchtlinge in ihre Heimat, die Betreuung von 200 namibischen Kindern in der DDR sowie die Aufnahme weiterer 50 Namibier für Sprachkurse und Praktika in der DDR. Allerdings war die Parteiebene nur ein Bezugspunkt für die DDR zum Unabhängigkeitsprozess Namibias.

Daniel Lange, M.A. (Berlin)

Der Autor des Beitrages ist Historiker und hat in Deutschland und Namibia recherchiert. Mit einem Stipendiat der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur arbeitet er in Berlin an seiner Dissertation über den facettenreichen Einsatz des Sports in der Afrikapolitik der früheren DDR. Er hat folgende Publikation herausgegeben: „Auf deutsch-deutscher UN-Patrouille: Die polizeiliche Beobachtereinheit der DDR in Namibia (1989/90)“, Schkeuditzer Buchverlag, ISBN 978-3-935530-86-6

Anzeige



NAMIBIA CRAFT CENTRE

MON-FRI 9AM-5.30PM SAT-SUN 9AM-1.30PM PUBLIC HOLIDAYS 9AM-1.30PM

40 Tal Street Windhoek / Tel: +264 61 242 222 / www.namibiacraftcentre.com / craftcentre@iway.na



Exclusive handmade products

By Namibians for Namibians